Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bel ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 7 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Montag, den 11. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Unterredung zwischen Hugenberg und Hitler über die Haltung der nationalen Opposition in der Frage der Amtsverlängerung für den Reichspräsidenten Hindenburg findet am Sonnabend statt.

* Die Wahlen zum Preußischen Landtag werden nach einer Mitteilung der preußischen Regierung verfassungsgemäß vor dem 20. Mai 1932 stattfinden.

* Auf den Kaiser von Japan wurde ein Bombenattentat verübt. Der Kaiser blieb unverletzt.

Inventur.

Gebüßte Selbsttäuschung — Das Problem des Reichstages — „Reparationsfront" in Deutschland.

Mehr als nur eine freudig begrüßte Gelegenheit zu billigem Kauf bedeutet heute für die deutsche Wirtschaft das Wort „Inventur". Für wen ist es denn noch ein Akt der Genugtuung, den Stand oder Zustand seines Betriebes festzustellen! Wem macht es Freude, aus diesen Feststellungen nun entnehmen zu können, wie im vergangenen Jahr das Betriebsergebnis gewesen ist! Zahllose haben ja schon während des Jahres der Krise „Inventur" machen müssen, weil sie nicht mehr weiter konnten! Zahllosen wurden erst durch eine solche „Inventur" die Augen schreckhaft weit geöffnet. Man konnte sich nichts mehr vormachen und die deutsche Wirtschaft vom Größten bis zum Kleinsten will sich jetzt auch nichts mehr vormachen. Falsche, fiktive Werte werden rücksichtslos „abgeschrieben", wenn eine nüchtern-ehrliche Inventur feststellt, daß diese Werte eben nur noch auf dem geduldigen Papier stehen. Schon die letzte Notverordnung zerriß einen Teil dieser papierenen Werte. Diesem Zwang mußte sich beugen auch jeder, der etwa nicht einzusehen vermochte, wie notwendig eine umfassende und gründliche Inventur war und ist. Wir haben es ja alle furchtbar schwer büßen müssen, daß wir uns selbst täuschten oder täuschen ließen. Scheinblüten verdorrten ebenso wie — Schlagworte. Beides wurde und wird abgeschrieben und abgestoßen. Übrigbleiben soll bei dieser allgemeinen Inventur eben nur das, was im Kern gesund ist. Wir wissen freilich, daß die Krise in ihrer Furchtbarkeit auch vieles zerstörte, was durchaus noch wertvoll war. Wir wissen ferner, daß dieser Sturm noch immer weiter braust und an den zerzausten Ästen des Baumes der deutschen Wirtschaft rüttelt. Und wir wissen schließlich, daß es jammervollerweise nicht von Deutschland allein abhängt — und dies ist wohl der niederdrückendste Teil der Inventur! —, wann endlich jener Sturm sich mildert, endlich aufhört. In Deutschland aber erhob er sich.

*

Auch das Deutsche Reich und Volk war ja bereits in der Mitte des vergangenen Jahres genötigt, Inventur zu machen, die zu der schnell fertiggewordenen Feststellung führte, daß wir die uns auferlegten Tribute nicht länger tragen konnten. Der Zahlungsaufschub aber vermochte nicht mehr die Folgen davon hintanzuhalten, daß man draußen, bei unseren Gläubigern, sich hartnäckig dagegen gesträubt hatte, zuzugeben, daß die deutschen „Werte", die „Beteiligungen an dem Vermögen des deutschen Volkes" eben doch nur noch auf dem Papier stehen. England, selbst Amerika bekamen es spät, aber drastisch zu spüren; Frankreich will wenigstens die Forderungen retten. Inzwischen hat man auch in Basel mit dem deutschen Wirtschafts„betrieb" eine recht gründliche Inventur gemacht. Sie war von einem derart erschreckenden Ergebnis, daß man dies auch nicht mehr mit Gewalt oder Sanktionen aus dem Buch der Wirklichkeit wegradieren kann. Auch Frankreich vermag es nicht mehr zu tun. Und wenn nun Deutschland verlangt, daß man nüchtern-wirtschaftlichen Sinnes aus dem Ergebnis dieser Inventur die selbstverständliche Folgerung zieht, einen Schlußstrich zu machen, so ist dies erfreulicherweise auch jenseits unserer Westgrenze nicht ganz ohne Zustimmung geblieben. Man kann sich als Deutscher darüber freuen, ohne praktisch den Wert dieser Zustimmung zu überschätzen. Mut gehörte dazu, sie in Frankreich selbst auszusprechen. Das verzeichnen wir, müssen aber gleichzeitig feststellen, daß für die heranrückende Reparationskonferenz noch so ziemlich alles Wesentliche in der Schwebe zu sein scheint: Termin, Ausgangspunkt, Marschroute und Ziel.

*

Um so schwerer ist daher für Deutschland der Gang nach Lausanne. Und alles andere als erleichtert wird dieser Gang dem deutschen Vertreter Dr. Brüning dadurch, daß die innenpolitischen Spannungen so groß sind und gerade in der kommenden außenpolitisch kritischen Zeit sich noch verschärfen müssen —, denn wir gehen ja nicht etwa nur entscheidenden Wochen, sondern kritischen Monaten entgegen, in die hinein zwei wichtige innenpolitische Entscheidungen fallen sollen: Reichspräsidenten- und Preußenwahl. Hinzu kommt noch früher oder später das, was mit einem kurzen, aber verständlichen Wort als „das Problem des Reichstags" bezeichnet werden darf. Der Reichskanzler hat tatsächlich damit begonnen, will versuchen, diese innenpolitischen Spannungen zum mindesten so weit abzuschwächen, daß sich die doch tatsächlich gemeinsame außenpolitische Willensrichtung aller Deutschen, daß sich die „Reparationsfront" zu stärker sichtbarem Ausdruck bringt. Dr. Brüning verhandelt hierüber mit den Parteiführern, hat eine vielbemerkte Unterredung mit Hitler gehabt und es verlautet, daß dabei das zeitlich zunächststehende innenpolitische „Kampf"problem behandelt worden sei: die Reichspräsidentenwahl. Genauer gesagt: die Vermeidung dieser Wahl oder die Neuwahl Hindenburgs sozusagen „per Akklamation", also unter Ausschaltung gegenseitiger innenpolitischer Kämpfe ernstester Art. Die Vermeidung der Neuwahl könnte bekanntlich nur durch einen mit Zweidrittelmehrheit des Reichstages gefaßten Beschluß erfolgen, wonach die verfassungsgemäß auf sieben Jahre festgelegte Zeit der Amtsdauer des Reichspräsidenten verlängert wird. Das ist im Jahre 1922 bereits einmal geschehen, als die Amtsverlängerung der Reichspräsidentschaft Eberts durch eine solche Zweidrittelmehrheit des Reichstages beschlossen wurde; damals ging formell der Antrag hierzu vom Reichstag selbst aus. Das Ende der Amtszeit Eberts wurde um fast drei Jahre hinausgeschoben. Reichspräsident von Hindenburg hat sich über den ganzen Vorschlag, der ja schon des öfteren debattiert worden ist, und der nun feste Formen angenommen hat, bisher jeder Stellungnahme nach außen hin enthalten. Die Reichstagsparteien sind, soweit sie hinter der Regierung stehen, natürlich für die Anregung Brünings; auch die Sozialdemokratie billigt sie, wenn nicht irgendwelche politischen Bedingungen daran geknüpft werden. Der Reichskanzler scheint nämlich größtes Gewicht darauf zu legen, daß allerseits eine klare und schnelle Entscheidung getroffen wird. Dr. Pr.

Um Hindenburgs Wiederwahl

Hitlers Bedenkzeit.

Die Entscheidung über die Präsidentenwahl.

Die Verhandlungen über die Frage einer Verlängerung der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs hatten am Freitag einen Stillstand erfahren. Dies ist nicht weiter verwunderlich; denn eine Zusammenkunft zwischen dem Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, und dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, war am Freitag unmöglich, da Geheimrat Hugenberg nicht in der Reichshauptstadt weilte und erst am Sonnabend nach Berlin zurückkehrt, wo dann umgehend die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg vor sich gehen soll. Wie es heißt, soll Hitler auch die Absicht haben, zu den Verhandlungen die Führer des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, hinzuzuziehen. Die Entscheidung der nationalen Opposition wird bald fallen müssen, da Hitler dem Reichskanzler zugesagt haben soll, ihm möglichst bis Sonnabend abend endgültige Antwort zu erteilen, ob die Nationalsozialisten gewillt sind, im Reichstag für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs mit einzutreten.

Alle bisherigen Berichte über eine bestimmte Stellungnahme der Deutschnationalen zur Frage der Präsidentenwahl beruhen lediglich auf Kombinationen. Hugenberg hat sich zu der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten noch nicht geäußert, da er erst von Hitler über die Einzelheiten der Unterredung Hitlers mit dem Reichskanzler unterrichtet werden muß. Falsch ist also insbesondere auch die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß die Deutschnationalen sich für die Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten auf nichtparlamentarischem Wege eingesetzt hätten. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß Hitler seine Zustimmung zu der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten an bestimmte Bedingungen geknüpft habe. Hitler hat in der Unterredung mit dem Reichskanzler diesen lediglich allgemein über seine Auffassung unterrichtet, ohne aber sich auf Einzelheiten festzulegen. Richtig ist allerdings, daß Hitlers Auffassung dahin geht, daß eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht dem Sinne der Verfassung entspricht, und daß im übrigen dem Volk Gelegenheit gegeben werden muß, seine wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die innenpolitische Entwicklung, die bisher bei den verschiedensten Gelegenheiten (Gemeindewahlen, Landtagswahlen) bereits zum Ausdruck gekommen sei, dürfe nicht dadurch unterbrochen werden, daß die verfassungsmäßige Reichspräsidentenwahl ausgesetzt werde. Falls aus außenpolitischen Gründen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs für notwendig erachtet würde, so müsse dem Volk auf andere Weise die Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen kundzutun. Diese verfassungsrechtlichen Bedenken Hitlers richten sich selbstverständlich nicht gegen die Person des Reichspräsidenten. Im übrigen dürfte Hitlers endgültige Stellungnahme von der Unterredung mit Hugenberg abhängen.

Bedingungen und Gegenbedingungen.

Die politische Öffentlichkeit hält sich in der Beurteilung der Verhandlungen zwischen Brüning und Hitler auffallend zurück. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, betont in einem Artikel, daß die Sozialdemokraten nur dann für eine Amtsverlängerung Hindenburgs stimmen würden, wenn auch die Nationalsozialisten ohne Bedingungen für diese Amtsverlängerung eintreten würden. Würden aber von den Nationalsozialisten Bedingungen gestellt werden, so könne unter keinen Umständen damit gerechnet werden, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sich für eine Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburgs im Reichstag aussprechen würden.

Auf diese Ausführungen erwidert das Organ Hitlers, der „Völkische Beobachter", folgendes: „Der „Vorwärts" hat gar kein Recht, von Bedingungen und Gegenbedingungen zu reden, sondern müßte anstandshalber anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zusage zunächst einmal die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien, also auch für die vor allem in Preußen fortgesetzt schikanierte NSDAP., als Mindestvoraussetzung haben müßte."

Im „Tag", der der Deutschnationalen Volkspartei nahesteht, wird darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten ein Entgegenkommen an den Reichskanzler bedeuten würde, weil dieses Verlangen ausdrücklich von der Reichsregierung ausgegangen ist. Vereinbarungen in dieser Frage würden wohl ohne weiteres die Erfüllung gewisser Bedingungen gegenüber der nationalen Opposition voraussetzen. Weiter sei bei der Forderung des Reichskanzlers zu bedenken, daß eine Unterstützung der jetzigen Forderung des Reichskanzlers auch eine gewisse Festlegung in den außenpolitischen Fragen bedeuten könne. Denn der Reichskanzler könnte, wenn jetzt eine Vereinbarung über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten in einer Tagung des Reichstages noch vor der Lausanner Konferenz zustande käme, diese Einheitsfront auch in der Lausanner Konferenz ins Feld führen. Und diese Einheitsfront würde Gefahr laufen, in allen ihren Teilen später für die Außenpolitik des Kabinetts verantwortlich gemacht zu werden. Diese Außenpolitik könne aber, auch wenn der Kanzler sich zunächst für eine Streichung der deutschen Tributverpflichtungen einsetze, im späteren Verlauf wieder Formen annehmen, die sich nicht sehr von dem bisherigen System der Außenpolitik unterscheiden.

Entscheidung am Sonnabend.

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, wird die Unterredung zwischen Hitler und dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, Sonnabend nachmittag stattfinden. Die endgültige Stellungnahme Adolf Hitlers gegenüber dem Reichskanzler bzw. dem Reichsinnenminister wird Sonnabend abend 21 Uhr erfolgen.

Hitlers Bedingungen.

Die Kölnische Zeitung berichtet über die angeblichen Bedingungen Hitlers für die Zustimmung seiner Fraktion zu einem Verlängerungsgesetz bezüglich der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Hitler habe verlangt, daß eine entscheidende Änderung der Reichsregierung herbeigeführt werde, wobei zunächst die Fragen offen bleibe, ob sich die Spitze dieser Forderungen vielleicht auch gegen Dr. Brüning persönlich richte. Weiter habe Hitler unbedingt Wert darauf gelegt, daß der Reichsinnenminister die Legalität der nationalsozialistischen Partei anerkenne und diese Anerkennung öffentlich ausspreche. Hinter diesen beiden entscheidenden Forderungen trete die dritte Bedingung der Reichstagsneuwahlen zurzeit stark in den Hintergrund.

Brüning, so berichtet das Blatt weiter, habe in der gestrigen Aussprache die Erfüllung der beiden Hauptbedingungen Hitlers entschieden abgelehnt.

Von maßgebender nationalsozialistischer Seite verlautet hierzu, daß angesichts einer solchen Frage, wie der einer Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg, von „Bedingungen" überhaupt nicht gesprochen werden könne. Im übrigen habe sich Hitler in allem seine Stellungnahme vorbehalten, um zunächst einmal mit den Führern der anderen Gruppen und Parteien der Nationalen Opposition Rücksprache zu nehmen und dann erst seine Entscheidung bekanntzugeben.

Das Echo im Auslande.

Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Hitler findet in der Pariser Presse um so stärkere Beachtung, als man in einem Verbleiben des Reichspräsidenten an der Spitze des Deutschen Reiches eine Garantie für die Fortsetzung der bisherigen Politik erblickt, während man die Wahl eines Kandidaten der Rechten als einen Sprung ins Ungewisse bezeichnet. Das „Echo de Paris" unterstreicht besonders, daß Hitler diesmal nicht um die Unterredung gebeten habe, sondern daß er diesmal von der Reichsregierung selbst zu der Unterredung eingeladen worden sei. Auf der Lausanner und Genfer Konferenz würde der Schatten Hitlers mehr denn je hinter der schmalen Silhouette des Reichskanzlers erscheinen.

Auch in der englischen Presse hat die Unterredung Brüning-Hitler erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Die dramatische Unterredung, so sagt „New Chronicle", bedeute die letzte Phase eines langen Kampfes um die Rettung Deutschlands. Friede und Wohlfahrt Europas würden von seinem Erfolg abhängen. Die Zeitung fordert eine energische Initiative Englands in den Fragen der Tribute, der Kriegsschulden, der Währung, der Zolltarife und des internationalen Handels.

„Geldschöpfung".

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Sorge und die Bemühungen um die Abstreifung unserer Tributfesseln lassen, vom wirtschaftlichen Stendpunkt aus gesehen, zurzeit die Tatsache in den Hintergrund treten, daß es auch noch andere Fesseln gibt, durch die wir politisch ebenso wie wirtschaftlich in der Ausübung unserer staatlichen Hoheitsrechte gehemmt sind. Zurzeit sind wir durch den Young-Plan auf die Goldwährung festgelegt. Da wir nun aber auf das Steigen oder Fallen des Goldwertes keinen Einfluß haben, wird in Wahrheit der Wert unseres Geldes von fremden Mächten bestimmt. Oberfinanzrat Dr. Bang gibt jetzt in einer in J. F. Lehmanns Verlag erschienenen Schrift „Geld und Währung" eine gemeinverständliche Darstellung dieses verwickelten und schwierigen Problems, in der er zu der Folgerung kommt, daß jede selbständige Volkswirtschaft ihre eigene Währung haben müsse, und die Verknüpfung verschiedener Währungen miteinander ein Unglück sei. In seinen Ausführungen zeigt Dr. Bang den Weg zu einer „Nationalwährung", die im gleichbleibenden Verhältnis zur Produktion unseres Landes stehen und sie damit unabhängig vom Ausland machen soll. Um mit einigen grundlegenden, weitverbreiteten irrtümlichen Auffassungen über den Begriff „Geld" aufzuräumen, gibt Dr. Bang in sinnfälliger, allgemeinverständlicher Darstellung Ausführungen darüber, in welcher Weise in normalen Zeiten die Geldzeichen hergestellt wurden. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

„Es ergibt sich zunächst der tragende Grundsatz, daß Geld und Geldumlauf es nur und ganz allein zu tun haben mit Warenumlauf.

Der Laie kann das, worum es sich handelt, sich am besten klarmachen an der Art und Weise, wie in normalen Zeiten die Geldzeichen hergestellt wurden. Es sei dies an folgendem Beispiel dargestellt:

Der Produzent A. kam zur Reichsbank und sagte: „Ich habe für die nächsten drei Monate eine Produktion von x-Mark vor und habe diese Produktion an den Konsumenten B. verkauft. Ich bitte, mir, um diese Produktion zu ermöglichen, y-Mark zu geben." Daraufhin verlangte die Reichsbank den Nachweis der Richtigkeit dieser Behauptungen, also den Nachweis, daß A. in der Tat fähig sei, diese Produktion zu leisten, und daß B. sie abnehmen wolle. Dieser Nachweis mußte erbracht werden durch einen oder zwei der Reichsbank bekannte Zeugen. Daraufhin erklärte die Reichsbank: „Wir sind bereit, dir y-Mark zu geben, wenn du uns einen Produktionswechsel (Handelswechsel) auf drei Monate ausstellst und wenn dieser Wechsel von deinen Zeugen mitunterschrieben wird." Das geschah, und auf Grund dieses Wechsels erhielt nunmehr A. das verlangte Geld und brachte es auf dem Wege der Bezahlung seiner Materialien und seiner Arbeiter usw. in Umlauf. Nach drei Monaten löste er den Wechsel bei der Reichsbank mit seinem Erlöse ein.

Später ist dieses Verfahren vereinfacht worden dahin: Der Produzent verkauft an seinen Abnehmer seine Produktion gegen einen von diesem akzeptierten Wechsel und leitet diesen Wechsel durch eine mit der Reichsbank in Verbindung stehende Bank an die Reichsbank weiter. Das ist der „klassische Vorgang der sogenannten Geldschöpfung", also der staatlichen Beurkundung über entstandenes Geld.

Daraus ergibt sich, in welch allerengstem Zusammenhang Geldumlauf und Warenumlauf stehen. Man darf sich das laienhaft so vorstellen, wie wenn bei der Reichsbank zwei Behälter stünden; in dem einen die Waren, in dem anderen die Geldzeichen. Diese Behälter müssen stets in einem ganz bestimmten, gleichbleibenden Verhältnis zueinander stehen. Der Gleichstand dieses Verhältnisses wurde reguliert durch die sogenannte Diskontopolitik. Geld und Waren mußten sich also im gleichen Verhältnis mehren oder mindern."

Dr. Bang zeigt dann, wie von dieser Art der Geldschöpfung in der heutigen Staatswirtschaft abgegangen wurde und fordert die Berücksichtigung des Satzes, daß Geldzeichen nur ganz allein für die Produktion hergestellt werden dürften. Der Gedanke einer Geldschöpfung auf Grund von Kapitalgütern (Grundstücken, Hypotheken, Bauten usw.) wird als ein gefährlicher Fehlschuß abgelehnt.

Wieder ein italienischer Anschlag.

Revolverschüsse auf den italienischen Konsul in Paris.

Auf den italienischen Konsul in Paris, Gentili, wurde ein Revolveranschlag verübt, wobei der Konsul einen schweren Oberschenkelschuß erhielt. Der Täter, ein Lehrer der italienischen Schule in Paris, der aus persönlicher Rachsucht gehandelt haben will, wurde verhaftet.

Der italienische Konsul, der von einem Geschäftsgang ins Konsulat zurückkehrte, war gerade im Begriff, den Droschkenführer zu entlohnen, als ein etwa 32jähriger Mann, der schon geraume Zeit vor dem Gebäude auf und ab gegangen war, auf ihn zutrat und aus kaum einem Meter Entfernung

vier Revolverschüsse abfeuerte.

Der Konsul brach, durch zwei Schüsse in den Oberschenkel schwer verletzt, zusammen. Der Täter flüchtete. Nach einer wilden Jagd gelang es einem Polizeibeamten, dem Flüchtling bis auf einige Meter nahezukommen. Plötzlich drehte sich der Attentäter um und feuerte zwei Schüsse auf seinen Verfolger, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Täter konnte schließlich überwältigt und abgeführt werden.

Bei seiner Vernehmung erklärte er, den Mordanschlag aus persönlicher Rachsucht verübt zu haben, da er infolge des Eingreifens des Konsuls seinen Posten als Lehrer an der italienischen Schule in Paris verloren habe.

Südslawische Banknoten werden überstempelt.

Der südslawische Finanzminister hat im Einvernehmen mit der Belgrader Nationalbank eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß sämtliche 1000-Dinar-Noten auf ihre Echtheit hin geprüft und neu gestempelt werden müssen. Die Untersuchung muß bis Ende Februar 1932 erfolgen. Die Banknoten in Höhe von 1000 Dinar, die während dieser Frist nicht der Nationalbank zur Untersuchung vorgelegt werden, gelten ab 1. März 1932 nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

Gedrosselter Verkehr

18 Milliarden Mark Umsatzrückgang im Postscheckverkehr.

Die Deutsche Reichspost im Jahre 1931.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick über den Postverkehr im Jahre 1931. Danach waren infolge der anhaltenden allgemeinen Wirtschaftsnot die Verkehrszahlen in allen Betriebszweigen rückläufig. Auch im letzten Jahre legte die Post besonderen Wert auf die Durchführung von Verkehrs- und Betriebsverbesserungen. Die Zahl der Postscheckkunden stieg 1931 um rund 22 000 auf 1 014 000. Trotz dieser Zunahme der Kundenzahl ergibt sich gegenüber dem Vorjahre im Umsatz ein Verkehrsrückgang von 23 Millionen Buchungen und 18 Milliarden Mark. Im ganzen wurden 730 Millionen Buchungen über 123 Milliarden Mark ausgeführt.

Obwohl die Reichspost nach Möglichkeit bestrebt war, entbehrliche Kräfte nicht der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen, so konnte im ganzen in Anbetracht der rückläufigen Verkehrsentwicklung nicht vermieden werden, den Personalstand zu verringern. Da von dem im Herbst 1930 eingeleiteten zusätzlichen 200-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungsprogramm noch erhebliche Mittel zur Verfügung standen, konnten bis Ende November 1931 in der allgemeinen Wirtschaft rund 26 300 Arbeitskräfte neu eingestellt und 52 000 weiter beschäftigt werden. Die Einnahmen der Reichspost gestalteten sich wenig günstig. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird der Rückgang gegen das Einnahmesoll des Voranschlags am Schluß des Rechnungsjahres (31. März 1932) etwa 150 Millionen Mark betragen.

*

500 Millionen Reichsbahndefizit.

Reichsbahn und Reparationen

Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick auf das Jahr 1931, das eine weitere Verschlechterung der Finanzlage der Reichsbahn mit sich gebracht hat. Der Hauptteil der Mindereinnahme entfällt auf den Güterverkehr, der um rund 525 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist. Die Ausgaben der Reichsbahn konnten trotz verschiedener Sparmaßnahmen nicht entsprechend eingeschränkt werden, da der größte Teil der Unkostenfaktoren gebunden ist. Trotz Kürzung der Bezüge des Personals im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, trotz Senkung des durchschnittlichen Personalstandes von rund 682 000 auf 651 000 Köpfe und trotz Verringerung des Arbeits- und Beschaffungsprogramms um rund 27 Prozent ist damit zu rechnen, daß die Ausgaben die Einnahmen des vergangenen Jahres um rund 500 Millionen Mark überschreiten werden.

Die Aussichten der Reichsbahn für das neue Geschäftsjahr werden, wie von der Reichsbahn betont wird, entscheidend von der bevorstehenden Reparationsregelung abhängen.

*

Weniger Kraftfahrzeuge.

Trotz der kritischen Zuspitzung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich die Produktion der deutschen Automobilfabriken im Jahre 1931 mengenmäßig gegenüber dem Vorjahr nicht mehr wesentlich verringert. Infolge der stark rückläufigen Entwicklung der ausländischen Montagebetriebe ist aber die Gesamterzeugung von Kraftwagen in Deutschland auf etwa 76 000 gegen 93 900 im Vorjahr, d. h. um 19 Prozent, zurückgegangen. Davon entfielen auf die deutschen Fabriken 65 800 Einheiten gegen 71 000 im Jahre 1930; das bedeutet einen Rückgang von 5200 Einheiten oder um 7,3 Prozent. Der Zusammenbau in den Montagewerkstätten ausländischer Firmen mußte von 22 750 auf etwa 10 250 Einheiten um rund 55 Prozent, also wesentlich stärker eingeschränkt werden.

Von der Produktion der deutschen Fabriken entfielen etwa 56 300 (i. V. 61 150) auf Personenkraftwagen und 9500 (9950) auf Lastkraftwagen. Im Gegensatz zur Kraftwagenproduktion ist die Krafträderzeugung mengenmäßig weiter beträchtlich gesunken. Es wurden nur 14 400 (35 300) Großkrafträder und 25 800 (41 000) Kleinkrafträder hergestellt. Der Gesamtwert der Kraftfahrzeugproduktion dürfte 1931 kaum wesentlich über 500 Millionen Mark liegen, gegenüber 600—700 Millionen Mark im Vorjahr und rund 990 Millionen Mark im Jahre 1929.

Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan.

Bei Rückkehr von der Parade.

Auf den Kaiser von Japan ist in Tokio ein Bombenanschlag verübt worden. Der Täter, ein Koreaner, wurde festgenommen. Der Kaiser ist unverletzt geblieben, obgleich die Bombe unmittelbar hinter seinem Wagen explodierte. Der Koreaner führte eine zweite Bombe mit sich, die er jedoch nicht mehr werfen konnte. Die Polizei hatte alle Mühe, den Koreaner vor den erregten Menschenmassen zu schützen.

Zu dem Anschlag teilt die Polizei mit, daß der Täter ein koreanischer Kommunist sei, der von der Kommunistischen Partei Koreas zu dem Anschlag angestiftet worden sei. Der Bombenanschlag auf den Kaiser bei seiner Rückkehr von einer Neujahrsparade wurde verübt, als er gerade in das berühmte Kirchentor Sakuragamon seines Palastes einfahren wollte. Durch die Explosion der Bombe wurde nur ein Pferd der Ulanenabteilung, die unmittelbar der kaiserlichen Staatskarosse folgte, getötet.

Die ausländischen Diplomaten hatten an der Parade teilgenommen, befanden sich aber nicht an der Stelle, wo das Attentat verübt wurde. Der Kaiser hat während des Attentats seine Ruhe nicht verloren. Dieses ist der vierte Angriff auf das Leben des Kaisers, der noch ein junger Mann von etwa 30 Jahren ist.

Die Auftraggeber des Attentäters.

Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Kaiser von Japan in Tokio stellte die japanische politische Polizei fest, daß der Attentäter mit der sogenannten koreanischen Regierung, die ihren Sitz in Schanghai hat, in Verbindung gestanden und in deren Auftrag gehandelt hat. Weiter soll festgestellt worden sein, daß er und seine Auftraggeber Beziehungen zu kommunistischen Verbänden unterhalten haben und daß weitere Attentate gegen japanische Regierungsführer geplant werden.

Der Verhaftete hat bisher nur ein Teilgeständnis abgelegt. Bisher sind sechs weitere Verhaftungen erfolgt. Im Auftrag der Sowjetregierung hat der russische Botschafter in Tokio, Trojanowski, dem Auswärtigen Amt die Glückwünsche der Sowjetregierung ausgesprochen.

Ein schwerer Schlag für den Völkerbund.

Energisches Vorgehen Amerikas in der Mandschurei.

Die amerikanische Regierung hat eine Note an China und Japan gerichtet, in der unter Hinweis auf den Neunmächtevertrag und den Kellogg-Pakt erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten eine Gesetzlichkeit der augenblicklichen Lage nicht anerkennen würden. Ebensowenig würden sie Abmachungen von Verträge zwischen Tokio und Nanking anerkennen, durch die Vertragsrechte Amerikas oder amerikanischer Bürger verletzt würden. Dazu gehörten auch solche Abmachungen, durch welche die Unabhängigkeit und die territoriale Unantastbarkeit Chinas verletzt würden.

Washington erwartet, daß die anderen Unterzeichnerländer des Neunmächtevertrages ähnliche Schritte unternehmen. Die amerikanische Regierung hat den Anfang gemacht, weil der Neunmächtevertrag in Washington unterzeichnet wurde. Dieser Schritt der amerikanischen Regierung, der sich auf den Neunmächtevertrag stützt, der die „offene Tür" in der Mandschurei garantieren soll, steht in keinerlei Zusammenhang mit den ergebnislosen Bemühungen des Völkerbundes, Frieden zu stiften. Seine Untersuchungskommission für die Mandschurei dürfte nunmehr nicht mehr sein, als eine schöne Geste. Jedenfalls bedeutet das Vorgehen Amerikas einen schweren Schlag für das Ansehen des Völkerbundes.

Strafen in Indien verschärft.

Auch der dritte Präsident des Allindischen Kongresses verhaftet

In allen Teilen Indiens wurden neue Verhaftungen führender Kongreßleute vorgenommen. Der dritte Präsident des Allindischen Kongresses, Asariu, sowie der Generalsekretär des Kongresses, Daulstram, wurden ins Gefängnis eingeliefert. Mehrere Magistratsbeamte haben besondere Vollmachten erhalten, Höchststrafen von sieben Jahren Gefängnis statt wie bisher zwei Jahren verhängen zu können. Im Notfalle können besondere Richter eingesetzt und Todesurteile gesprochen oder Zwangsverschickungsurteile gefällt werden.

Neue Verhaftungen in Indien.

Auch der dritte Präsident des Allindischen Kongresses verhaftet.

Am Freitag wurden in allen Teilen Indiens neue Verhaftungen führender Kongreßleute vorgenommen. Der dritte Präsident des Allindischen Kongresses, Asariu, sowie der Generalsekretär des Kongresses, Daulatram, wurden festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Mehrere Magistratsbeamte in der Präsidentschaft Bombay haben besondere Vollmachten erhalten, wonach sie Höchststrafen von sieben Jahren Gefängnis statt bisher zwei Jahren verhängen können. Eine neue Notstandsverfügung ermächtigt die Regierung, im Notfalle besondere Richter einzusetzen, die Todesurteile aussprechen oder Zwangsverschickungsurteile fällen können. — Ein schottisches Infanterieregiment marschierte am Freitagabend durch Scholapur und zeigte die englische Flagge. Eine Maschinengewehrabteilung wurde in der Stadt zurückgelassen.

Am Regierungsgebäude in Bombay wurden am Freitag von unbekannten Tätern Plakate angeschlagen, auf denen u. a. zu lesen stand: „Nehmt Euch in acht, Ihr Dämonen eines zusammenbrechenden Weltreiches!" Den Beamten wird empfohlen, vor den „Soldaten" der „hindustanisch-republikanischen Gesellschaft" auf der Hut zu sein. Diese würden jeden Beamten töten, der dazu auserwählt sei. Das Geschäftsleben in Bombay ist weiter fast völlig stillgelegt, da die Trauerwoche noch im Gange ist. Vor allen Läden, in denen ausländische Waren verkauft werden, sind Streikposten aufgestellt.

England und die amerikanische Note an Japan.

Für die Politik der „offenen Tür".

Eine Abschrift der amerikanischen Note an Japan ist am Freitagnachmittag im englischen Außenministerium eingelaufen. Die Note wird zurzeit geprüft. Der französische Botschafter sprach bereits am Donnerstag in dieser Angelegenheit beim englischen Außenminister vor. Sir John Simon hat sich am Freitag eingehend mit der Mandschureifrage befaßt. Ob England sich dem amerikanischen Schritt anschließt, steht noch nicht fest. Wie verlautet, besteht die Möglichkeit, daß auch die englische Regierung als Unterzeichner des Kellogg-Paktes und des Neunmächte-Abkommens eine Note an Japan richtet. Der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard" erfährt, daß die englische Regierung nach wie vor an ihrer Politik der „offenen Tür" in bezug auf die Mandschurei festhalte.

Japan antwortet.

Ankündigung einer versöhnlichen Note an Washington.

Das japanische Außenministerium kündigte inoffiziell die Absendung einer versöhnlich gehaltenen Antwortnote an die Washingtoner Regierung an, in der die Unterstützung des Kellogg-Vertrages und des Neunmächte-Abkommens zugesagt und der Wunsch nach direkten Verhandlungen mit China wiederholt wird. Japan betrachte die unabhängigen Regierungen in der Mandschurei als Erleichterung des Grundsatzes gleicher Vorteile für alle.

Wir sollen Ihnen:

„Kaufen Sie jetzt!"

Ein sorgen Landauf im Schutzen –,
Jünglings- und Knaben-Kleidung!

Unser Winter-Olübrantkauf bietet Ihnen
außerordentlich günstige Kaufgelegenheit.
Unsere Preise sind billig, unsere Olüboorfl ist groß.

Olbrinks

BARMEN UND SOLINGEN

Herzog 3109 Berlin SW 19 II

Evangelische Kirchengemeinde Halver

Dienstag, den 12. Januar 1932, abends 8,15 Uhr in der Kirche

Lichtbildervortrag

von Pastor Stegemann - Wiehl

‚Die Wunder der Sternenwelt'

Der Eintritt ist frei. Wir laden herzlich ein: **Das Presbyterium.**

Ueber das Vermögen der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Firma **Karl Hedfeld in Halver i. Westf.** Inhaberin **Frau Clara Hedfeld, Halver** ist heute 11 Uhr vormittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der **Rechtsanwalt Brenschede in Halver.** Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum **25. Januar 1932** Anmeldefrist bis zum **11. Februar 1932.** Erste Gläubigerversammlung **am 28. Januar 1932,** vormittags 10 Uhr im hiesigen Amtsgericht Philippsstraße 29, Zimmer 70. Prüfungstermin **am 25. Februar 1932,** vormittags 10 Uhr daselbst.

Lüdenscheid, den 7. Januar 1932.

Das Amtsgericht.

In das Handlsregister A **Nr. 1003** ist heute die Firma **Karl Treide, Schalksmühle,** und als Inhaber der Fabrikant **Karl Treide, Schalksmühle** eingetragen.

Lüdenscheid, den 5. Januar 1932.

Das Amtsgericht.

Amt Lüdenscheid.

Um bei den steigenden Verwaltungsaufgaben eine ordnungsmäßige Abwicklung des Geschäftsverkehrs zu gewährleisten, sind ab 11. d. M. die Büros des **Wohlfahrtsamtes** im Amtshause für den Publikumverkehr **nachmittags** geschlossen.

Es sind jetzt die Büros des Wohlfahrtsamtes im Erdgeschoß Zimmer, 2, 3 und 4, des Steuer- und Meldeamtes im Erdgeschoß Zimmer 7, des Polizei- und Standesamtes im Obergeschoß Zimmer 15 und 16 untergebracht.

Lüdenscheid, den 8. Januar 1932.

Der Bürgermeister des Amtes.

Bekanntmachung.

In der **Meliorationssache der Wiesen im oberen Lingesetal** ist ein **Anhörungstermin** auf

Dienstag, den 19. Januar 1932, 16 Uhr
in der Wirtschaft Bisitz in Höckinghausen bei Kierspe

anberaumt, um die Beteiligten über den Zweck des genossenschaftlichen Unternehmens, über den Plan und über den Satzungsentwurf zu unterrichten und zu hören. An alle Beteiligten ergeht die Aufforderung, an diesem Termin teilzunehmen. Die Nichterscheinenden oder Nichtabstimmenden werden demjenigen zustimmend angesehen, wofür die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sich erklärt. Ein Entwurf des Statuts ist zur Einsicht der Beteiligten in der Wirtschaft Bisitz in Höckinghausen niedergelegt.

Alle zur Legitimation dienenden Papiere sind mit zur Stelle zu bringen, Wer an der Wahrnehmung des Termins verhindert ist, hat sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Die Vollmacht ist stempelfrei, ihre Beglaubigung erfolgt durch den Gemeindevorsteher oder die Polizeibehörde kostenfrei.

Es wird darauf hingewiesen, daß zurzeit die Ausführung der Arbeiten nicht in Frage kommen kann. Die Bildung der Genossenschaft soll vorgenommen werden, um die Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen.

Altena, den 14. Dezember 1931.

Der Landrat:
I. V.
Dr. Krause, Regierungs-Assessor.

Die neuen evangelischen

Gesangbücher

in verschiedenen Preislagen vorrätig

Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver.

Wir glauben, diesmal werden wir unsere Läger am schnellsten räumen ....

Die Preisherabsetzungen in allen erlaubten Abteilungen sind bei uns in diesem

‚INVENTUR-AUSVERKAUF'

so groß, so unvorstellbar vorteilhaft — daß wir diesmal mit einem ganz schnellen Aus-ver-kauf rechnen.

ALSBERG

Lüdenscheid

MONTAG D. 11. 1. BEGINN! • MEHR-SAGEN UNSERE FENSTER!

Bekannte Fahrtvergütung.

bestellt. Berufen wurden: Hilfsprediger Voß-Herford zum Pfarrer der Gemeinde Herford, Pfarrverwalter Köllner aus Haslach (Freistaat Baden) zum Pfarrer der Gemeinde Westkilver bei Herford, Pfarrverweser Linde aus Werne a. d. Lippe zum Pfarrer der Gemeinde Iserlohn, Pfarrer Becker-Wolfersweiler zum Pfarrer der Gemeinde Königssteele bei Hattingen. Wegen anderweitiger Berufung der bisherigen Inhaber wurden Pfarrstellen der Kirchengemeinde Wattenscheid Kreis Gelsenkirchen und der Gemeinde Klafeld Kreis Siegen frei. In beiden Fällen geschieht die neue Besetzung durch eine freie Gemeindewahl.

Halver

—! **Postamt Halver.** Am Hause der Gastwirtschaft Märkischer Hof, Kölnerstraße, ist ein Briefkasten angebracht worden. Ferner wurde der bisherige Briefkasten am Hause der Gastwirtschaft Gustav Böhle im Eichholz durch einen größeren ersetzt. Beide Briefkästen werden täglich 2 mal von den Ortszustellern auf ihren Zustellgängen geleert.

—== **Lichtbildvortrag in der Kirche.** Immer führten Lichtbilddarbietungen, die unsere Gemeinde veranstaltete, einen großen Kreis zusammen. Meistens waren die Lichtbildreihen aus den Arbeitsgebieten der Inneren Mission gewählt. Es ist zu begrüßen, daß das Presbyterium im Anzeigenteil unserer Zeitung wieder zu einer Lichtbilddarbietung auf Dienstag abend einlädt. Ihr Gegenstand ist freilich ein ganz anderer. „Die Wunder der Sternenwelt" Das ist ein hohes, schweres Gebiet. Wir wissen meist viel zu wenig davon. Aber Hörer des Vortrags haben uns versichert, daß der Vortragende, Pastor Stegemann aus Wiehl es in ganz besonderer Weise verstehe, die Zuschauer und Zuhörer mit der Einführung in die Wunderwelt der Gestirne zu fesseln. Es will doch etwas bedeuten, wenn man uns die Absicht aussprach, sogar von auswärts zu dem Vortrag zu kommen, denn einen solchen Vortrag könne man auch zweimal hören. Herr Pastor Stegemann hat sich damit einverstanden erklärt, daß von der Erhebung eines Eintrittsgeldes abgesehen werde, damit jedem Gemeindegliede der Besuch möglich sei. Der Vortrag mit Lichtbildern ist in der Kirche am Dienstag abend 8¼ Uhr.

Schalksmühle

—x **Nothilfe.** In letzter Stunde sei an dieser Stelle nochmals empfehlend auf die Sonnabend, 9. Januar, Nachmittags stattfindende Sammlung von Bekleidungsstücken hingewiesen. Die Sammlung hat die freiwillige Sanitätskolonne Dahlerbrück-Schalksmühle für die Nothilfe übernommen und wird im Bereich des Kirchspiels Schalksmühle durchgeführt.

—x **Ein Kellerbrand** entstand kurz nach Mittag im Hause Bahnhofstraße 35. In den Kellerräumen wird der Hausmüll in Müllbehältern aufbewahrt, der gemeindeseitig abgefahren wird. Von einem Hausbewohner war der Müll, in welchem sich Brikettasche befand, nicht einwandfrei untergebracht. Durch weiteres Fortglimmen der Asche wurde ein regelrechtes Feuer entfacht und schon stand der ganze Keller in Flammen. Hausbewohner und Nachbarn nahmen kurz entschlossen die Löscharbeiten auf und so konnte einem größeren Hausbrand vorgebeugt werden. Die Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Kierspe

—r Die Bürgersteuerpflichtigen der Gemeinde Kierspe, die an den auf der Steuerkarte verzeichneten Zahltagen arbeitslos sind, können die Steuer einige Tage nach dem Termin unter Mitbringung der Steuerkarte auf dem Steuerbüro im Amtshaus Kierspe, Zimmer 3, abschreiben lassen; dagegen die Bürgersteuerpflichtigen der Gemeinde Rönsahl falls sie an den Tagen arbeitslos sind unter denselben Voraussetzungen bei der Gemeindekasse in Rönsahl.

Rönsahl

—r Unter dem Rindviehbestand des Landwirts Schmidthaus zu Löh bei Rönsahl ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen. Ueber das Gehöft ist die Sperre verhängt.

*

Hattingen. In der Wohnung der Familie Lubberich hantierte man mit Revolvern. Einem der Beteiligten ging plötzlich ein Schuß los, durch den der Arbeitslose Otto Erlbruch lebensgefährlich verletzt wurde. Wie der verletzte Erlbruch, der der KPD. angehört, aussagte, habe man im Kreise von Parteigenossen mit geladenen Revolvern hantiert. Dabei sei Hubert Lubberich der Schuß losgegangen, der ihn getroffen habe. Die Landeskriminalpolizei nahm die Brüder Lubberich fest und beschlagnahmte drei Revolver und eine Armeepistole.

Gummersbach. Ein Nachtwächter von Einbrechern ermordet? Der bei der Firma Krawinkel beschäftigte Nachtwächter Peters war gestern morgen nicht aufzufinden. Von einem eingeschlagenen Fenster führten Blutspuren zur Agger. Am Ufer des Flusses fand man die leere Patronentasche des Nachtwächters und seinen Hund. Wahrscheinlich haben Einbrecher ihn in die Agger geworfen, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Düsseldorf. Ein 47jähriger Kaufmann, der seiner Firma in Kiel einen Geldbetrag von 2800 RM entwendet hatte und mit diesem Gelde eine Vergnügungsreise angetreten hatte, machte in einem hiesigen Lokal eine Zeche von über 300 RM. Als er nicht in der Lage war, die Zeche zu zahlen, wurde er von der Polizei festgenommen. Es stellte sich heraus, daß er von der Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls bereits gesucht wurde.

—n **Radevormwald. Großfeuer.** Ein Großfeuer meldete vorgestern nachmittag um 2,30 Uhr die Brandsirene. Auf der Besitzung des Landwirts Ewald Tillmann in Rädereichen war in der mit Heu, Stroh und Kornvorräten gefüllten Scheune Feuer ausgebrochen, welches unter den Erntevorräten schnell Nahrung fand und sich auf den angebauten Stall ausdehnte. Noch bevor die Feuerwehr zur Stelle war, züngelten die Flammen bereits an dem daneben liegenden Wohnhause empor. Zunächst gab sich die Hahnenberger Feuerwehr daran, mit ihrer Handspritze den Brand im Wohnhause zu löschen. Die Radevormwalder Feuerwehr, welche ihre Motorspritze ebenfalls an den Brandteich angeschlossen hatte, ging dem Feuer mit drei Leitungen von mehreren Seiten zu Leibe. Doch hatte der Brand bereits so stark gewütet, daß das Fachgerüst der Scheune und des Stalles zusammenbrach. Da hier nichts mehr zu retten war, mußte sich die Feuerwehr darauf beschränken, das einem Nachbarhause gegenüberliegende Stallgebäude niederzureißen und das dem Nachbarhause gefährlich werdende brennende Stroh und Heu zu löschen und auseinanderzuwerfen. Erst nach acht Stunden harter Arbeit konnten die Feuerwehrleute unter Zurücklassung einer Brandwache abrücken. Es wird wohl noch einige Tage dauern, bis das Feuer unter dem Heu und Stroh ganz zum Erliegen gekommen ist. Dank der eifrigen Mitarbeit hilfsbereiter Nachbarn konnte der größte Teil der Möbeln gerettet und vor allen Dingen das gesamte Vieh in Sicherheit gebracht werden. Dagegen sind die Erntevorräte, Wagen, Karren, Geschirre und Maschinen gänzlich vernichtet worden. Mit einigen Ausnahmen ist der Schaden durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist noch ungeklärt. Scheune und Stall, welche erst vor einigen Jahren neuerbaut worden waren, brannten bis auf die Grundmauern nieder. — Wie immer bei derartigen Anlässen haben sich auch dieses Mal wieder unsaubere Elemente unter die mit Fortschaffen von Möbeln beschäftigten Leute gemischt und durch sie Einlaß in ein Nachbarhaus finden können, woselbst aus einer Handtasche RM 18.— gestohlen wurden.

— **Erneuter Ausbruch des Brandes in Radevormwald.** Nachdem die Feuerwehr kaum zu Hause war, wurde sie gegen 12 Uhr nachts erneut durch die Brandsirene zum Brandherd gerufen. Und zwar stand dieses Mal das an Stall und Schuppen gelegene Wohnhaus des Landwirts Tillmann in hellen Flammen. Trotz aller Anstrengungen der Feuerwehr brannte das Haus fast bis auf die Grundmauern nieder. Nur eine Giebelseite des Hauses wurde vom Feuer verschont. Wie sich nachträglich herausstellte, sind außer den bereits erwähnten RM 18.— auch Herrn Tillmann aus einer Fruchtschale RM 50.— gestohlen worden. Erst gegen Morgen rückte die Feuerwehr ab. Der Brand dauert z. Zt. noch an.

—n **Radevormwald.** Immer wieder Diebstähle 20 Hühner gestohlen. In erschreckendem Maße mehren sich hier in letzter Zeit die Diebstähle. Nachdem noch in den letzten Tagen an mehreren Stellen eingebrochen war, drangen Diebe in der Nacht zum Donnerstag bei einem Landwirt in Brake bei Radevormwald ein und stahlen dort 20 Hühner. Von den Dieben und ihrer Beute fehlt jegliche Spur.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 8. Januar.

Keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge im Ruhrkohlenbergbau.

Berlin. Die Befreiung der im Ruhrkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 31 Dezember 1931 hinaus bis zum 31. März 1932 verlängert worden

Das Oldenburger Volksbegehren erfolgreich.

Oldenburg. Nach den neuesten Mitteilungen sind für das nationalsozialistische Volksbegehren zur Auflösung des Landtages bisher 20 000 Einzeichnungen erfolgt. Damit ist die für die Durchführung des Volksentscheids notwendige Stimmenzahl sichergestellt.

Mord wegen Darlehensverweigerung.

Detmold. In Hohenhausen wurde der 37jährige Geschäftsführer der Spar- und Darlehenskasse, Meierhenrich, außerhalb der Ortschaft ermordet aufgefunden. Der Ermordete war eine halbe Stunde vor der Tat mit dem Schlächtermeister Petri aus Hohenhausen gesehen worden, der inzwischen unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde. Petri war schwer verschuldet und hatte in der letzten Woche jeden Tag bei dem ermordeten Meierhenrich versucht, Darlehen zu erhalten. Er hatte außerdem die Prolongation von Wechseln in Höhe von 1000 Mark gefordert. Diese Anträge Petris waren von dem Ermordeten abgelehnt worden. Petri leugnet zwar die Tat, doch wird an seiner Schuld nicht gezweifelt, da an seinen Kleidern zahlreiche Blutflecke und als schwere Belastung bei ihm ein entleerter Revolver gefunden wurde.

45 Kilogramm Gold in einem Wiener Hotel gefunden.

Wien. In einem vornehmen Ringstraßenhotel wurden von der Polizei drei ausländische Kaufleute verhaftet, die sich englischer Decknamen bedient hatten. Bei der sofort vorgenommenen Haussuchung in den von den Fremden benutzten Hotelzimmern wurden in ihren Koffern 45 Kilogramm Gold gefunden, die die österreichischen Stempel für Gold trugen. Die Polizei hat sich sofort an die ausländischen Behörden gewandt, um die Hintermänner der Verhafteten zu ermitteln, da man glaubt, einem organisierten Goldschmuggel auf die Spur gekommen zu sein.

Rücktritt des japanischen Kabinetts.

Tokio. Der japanische Ministerpräsident Inukai hat heute dem japanischen Kaiser das Rücktrittsgesuch der Regierung übermittelt.

Der Mörder von Berlin-Lutherstraße verhaftet.

Berlin. Die nächtliche Mordtat an der Kreuzung der Luther- und Motzstraße ist aufgeklärt. Der Ermordete ist der Reisende Joseph Gerl, der den Paß seines Bruders Ludwig bei sich trug, da er selbst wegen Taschendiebstahls aus Deutschland ausgewiesen worden ist. Der Mörder ist der 21jährige Artist Alexander Arba. Arba will in Notwehr gehandelt haben. Der ermordete Joseph Gerl lebte von seiner Frau getrennt in Berlin. Die Frau verkehrte freundschaftlich mit Arba und einem Ungarn namens Toni. Gerl hatte den Toni überfallen und ihm mit einem Messer schwere Kopfverletzungen beigebracht. Arba ist auf der Straße mit Gerl zusammengestoßen. Auf der Flucht vor Arba habe er die tödlichen Schüsse abgegeben.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

1 Tochter, Carl Menke und Frau, Halver. — 1 Sohn, Bernh. Kemper und Frau, Halver.

Verlobte:

Marga Rafflenbeul und Ernst Sure, Hagen und Kierspe-Bhf. — Käthe Borlinghaus und Erich Kumpmann, Meinerzhagen und Kierspe-Bhf.

Gestorben:

Walter Escher, Lüdenscheid, 30 J. alt. — Frau Ww. Cramer, Amalie geb. Höfer-Schaffeld zu Vestenberg b. Valbert, 69 J. alt. — Gustav Adolf Enneper zu Engstfeld, 59 J. alt. — Frau Auguste Dollberg geb. Sinn zu Ruggenfeld b. Breckerfeld 63 J. alt. — Frau Katharina Elisabeth Raulf geb. Holzapfel zu Glörfeld, 59 J. alt. — Gustav Steinmeister zu Halver, 49 J. alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Mein INVENTUR-AUSVERKAUF

beginnt Montag, den 11. Januar!

In allen Artikeln kommen nach wie vor nur Qualitätswaren zum Verkauf.

Große Auslagen in **Kleiderstoffen, Waschseide, Mouseline, Baumwollwaren und Resten zu ganz billigen Preisen.**

Groß. Gelegenheitskauf in **Herren-, Burschen, Knabenanzügen u. Paletots.**

Auf Anzüge und Paletots gebe ich 10 - 30 % Rabatt.

Große Auslagen in Einheitspreisen von Mk. 0.25 0.50 0.75 1.00 1.50 2.00

Auf alle nicht im Preise herabgesetzten Waren gewähre ich einen Nachlaß von

10 % Rabatt!

Carl Fastenrath, Halver

Mitglied des D. E. V. in Hamburg.

Sitzung

d. Gemeindevertretung Hülscheid findet statt am Dienstag, den 12. Januar ds. Js. 17 Uhr in Heedfeld (Gasthof Spelsberg).

Gemeindehaushalt, Gemeindegrundbesitz.

Landbund

Sprechtag in Halver,

am Dienstag, den 12. Jan. im Hotel zur Post nachm. von 5–6 Uhr.

Gegen 35 RM. Wochenlohn werden für den Bezirk Halver ehrliche Leute gesucht. Kurze Probezeit. K. Heilmann, Leipzig C. 1, 036 Markthallenstraße 16.

Stickrahmen

verstellbar.

Wilh. Bell jr., Halver.

Mein diesjähriger

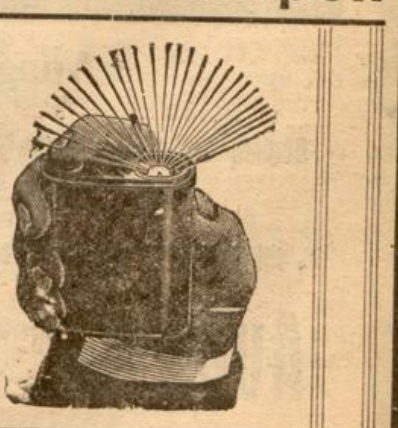
Inventur-Ausverkauf

beginnt am Montag, den 11. Januar u. dauert bis Samstag, d. 23. Jan. d. Js.

Es kommen nur gangbare gute Waren zum Verkauf, welche ich zu sehr billigen Preisen abgebe.

Kaufhaus August Vollmerhaus, Kierspe-Bahnhof.

Taschenlampen



-Batterien und -Birnen

stets zu haben bei:

Wilh. Bell jr. : Halver.

Inventur-Ausverkauf

Gebr. Lennhoff

Lüdenscheid.

Enorme Posten

Kleiderstoffe

Wolle. Seide, Kunstseide, Samt etc.

für die Hälfte

der früheren Preise.

Betten, Inletts u. Bettfedern

mit 10% Rabatt.

Eigene Dampf-Reinigungs-Maschine

Restbestände

Steppdecken, reinwollene Schlafdecken

bis 33⅓% unter Preis.

Riesen-Mengen

Konfektion

zu außerordentlich tief herabgesetzten Preisen

Wintermäntel	59.75	48.75	38.75	29.75 19.75 18.00 9.00	**3.00**
Wollkleider	49.75	36.75	29.75	24.00 19.75 14.00 9.75	**2.95**
Seidenkleider	56.00	45.00	39.75	32.00 27.00 18.00 12.75	**2.95**
Extra welle **Frauenkleider**	Modell-Genre staunend billig				
Kindermäntel	9.75	8.75	6.95	5.95	**4.95**

Einzelsachen und Restbestände

Leib-, Tisch- u. Bettwäsche

mit 25% Rabatt.

Gelegenheitskäufe

in besonders hochwertigem **Bettuchbiber Bleichbarchend Linon**

Strickkleider, Westen, Pullover, Blusen, Kostümröcke, Gummimäntel

bis 60% ermäßigt.

Bekannte Fahrtvergütung

Zuerst zu Kornblum!

denn diesmal kaufen Sie für einen Bruchteil des früheren Preises im

Inventur-Ausverkauf

meine bekannten Qualitätswaren!

Preise allein sagen Ihnen gar nichts. Achten Sie auf meine Schaufenster und Sie werden staunen.

Hermann **Kornblum** Hagen



Wenn der Mann mit dem Schlüssel kommt

Montag früh, Punkt 8.30 dann geht es los bei Alsberg! Sie sollen sehen, wie!

INVENTUR-AUSVERKAUF

Preisherabsetzungen sind vorgenommen, so radikal, wie sie die außergewöhnliche Zeit erfordert, so weitgehend, daß jeder diese einzigartige Gelegenheit benützt, zu kaufen! Ganz Hagen eilt am ersten Tag zu

Gebr. ALSBERG HAGEN

Das große neuzeitige Textilkaufhaus

Schwamm drüber!

Ausgewischt und ausgelöscht sind alle früheren Preise!

Denken Sie mal! Für nur **2.75** Mk. p.St. ein Posten **Mäntel**

Unglaublich! Für nur **2.75** Mk. ein Posten seidener Kleider

Kann's noch billiger sein? Für nur **2.75** Mk. ein Post. reinwollener Kleider.

Der Gipfel der Billigkeit! Für nur **95** ₰ ein Post. K'seid. od. Volle-Kleider

Auch für Sie, meine Herren außergewöhnliche Preisherabsetzung und zwar bis zur **Hälfte** der früheren Preise.

Strauß & Schiff Nchf., Lüdenscheid.

Beginn Montag. **Bekannte Fahrtvergütung.**

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, d. 12. d. Mts., nachm 4 Uhr in der Gastwirtschaft Heedfeld in Schalksmühle, Hälverth

Halver, den 8. Jan. 1932.

Der Bürgermeister.

T.-V. Kierspe e. V. 1879.

Sonntag, d. 10. Januar 1932, nachmittags 2 Uhr

Handballspiele

auf dem Spielplatz Kierspe. 1. Jugend V. T. S. V. Halver — 1. Jugend Kierspe 1879. Anschließ. etwa 3 Uhr 1. Mannsch V. T. S. V. Halver — 1. Mannsch. Kierspe 1879

Der

Karten-Vorverkauf

für den am 24. Jan 32 in Kierspe stattfind.

Geräte-Wettkampf

hat begonnen. Wer sich einen nummeriert. Platz sichern will, bestelle sofort Karten zum Preise von 50 Pfg beim Kassierer Willi Fischer Kierspe

Der Vorstand.